

Gewerkschaften und Machtressourcen in der großen Transformation – Bilanz und Ausblick

Konferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS), des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institutes (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) und der Friedrich-Schiller-Universität Jena (FSU), Jena, 29. bis 30. April 2022

Klaus Dörre (FSU Jena) und Mitveranstalter hatten ein breites Netzwerk von gewerkschaftsnahen Sozialwissenschaftler:innen eingeladen, die u.a. aus folgenden Instituten kamen: RLS, WSI der HBS, IAQ Uni Duisburg, IMU Institut Berlin/Stuttgart, FAU Erlangen, FSU Jena, SOFI Göttingen, TU Darmstadt, Eberhard Karls Universität Tübingen, Universität Erfurt, FU Berlin, Leuphana Universität Lüneburg. Dazu kam eine Palette von führenden Gewerkschaftsfunktionär:innen aus IGM, ver.di, EVG und ausländischen Gewerkschaftsbünden. Von den ca. 450 Teilnehmenden an der hybrid veranstalteten Konferenz war rund die Hälfte per Videokonferenz zugeschaltet; insgesamt eine gute Mischung von Jung und Alt, ein Großteil aus Betrieben, dazu viele Studierende und Wissenschaftler:innen. Da es viele Parallelveranstaltungen gab, kann hier nur über eine begrenzte Auswahl berichtet werden.¹

Dörres Ziel ist eine *öffentliche Soziologie der Gewerkschaften*. Aus diesem Grund laufen bei ihm an der FSU seit 2005 öffentlich geförderte Vorhaben zu verschiedenen Aspekten gewerkschaftlicher Machtressourcen. Der von Dörre dabei verwendete „Jenaer Machtressourcenansatz“ baut auf zahlreichen Vorarbeiten auf²; hier, und das ist das Anliegen der Konferenz, soll die Tauglichkeit des Ansatzes v.a. im Hinblick auf die anstehenden gewerkschaftlichen Herausforderungen besprochen werden. Bei einer ersten Zwischenbilanz 2014 hatten Schmalz und Dörre konstatiert, dass sich die gewerkschaftliche Machtbasis in Deutschland konsolidiert hätte, aber weiterhin Gefahren wie die der schleichenden Erosion des Flächentarifvertragsystems bestünden.³ Im Einleitungsvortrag zur Tagung stellte Dörre eine sinkende gewerkschaftliche Organisationsmacht fest. Er verwies weiter auf die am Beginn des Forschungsvorhabens stehende These, dass Gewerkschaften wieder stärker zu sozialen Bewegungen werden müssten. Die damals nicht

¹ Hier der Online-Zugang zu den Hauptvorträgen sowie Panels und Podiumsdiskussionen: <https://www.youtube.com/channel/UCzpfAke5H5z7a0ANJu1KpVQ/featured>.

² Der Machtressourcenansatz wurde in den 1980er Jahren in Westeuropa von sozialkritischen Soziolog:innen entwickelt, die u. a. von Karl Marx und Max Weber beeinflusst waren. Er dient zur (vergleichenden) Bewertung der Durchsetzungsfähigkeit gesellschaftlicher Gruppen und Organisationen und betrachtet v. a. die Wechselwirkungen zwischen struktureller, organisationaler, institutioneller und gesellschaftlicher Macht derselben.

³ Stefan Schmalz, Klaus Dörre: Der Machtressourcenansatz. Ein Instrument zur Analyse gewerkschaftlichen Handlungsvermögens, in: Industrielle Beziehungen, 21. Jhr., H. 3, 2014, S. 217-237.

unumstrittene These habe sich zumindest dahingehend bewährt, dass *Organizing* zum festen Handlungsrepertoire der Gewerkschaften geworden sei. Der Erosion der organisierten Arbeitsbeziehungen sei jedoch damit alleine nicht zu begegnen gewesen. Herausforderungen für Gewerkschaften sieht Dörre u.a. darin, den auf Erwerbsarbeit zugeschnittenen Arbeitsbegriff zu überdenken. Vor dem Hintergrund des von ihm konstatierten Wandels vom industriellen zum sozial-ökologischen Klassenkonflikt sei nach „metabolischen Machtressourcen“ zu fragen, also nach gewerkschaftlicher Handlungsmacht zur Begegnung der Klimakrise. Dörre hält ein Zurück zum „Sozialkapitalismus“ dabei für unmöglich, beobachtet Streiks ohne Öffentlichkeitswirkung und fragt, ob bereits der Punkt erreicht sei, von dem aus sich die Gewerkschaften nicht mehr erholen könnten. Er sieht dennoch Chancen zur Revitalisierung in folgenden Ansätzen:

- Gewerkschaften sollen nach Dörre wieder verstärkt zu einer sozialen Bewegung werden, um eine höhere Konfliktbereitschaft zu erzielen;
- Bündnispolitik/soziale Allianzen mit sozialen Bewegungen (FfF, Bündnisse gegen Rechts, Attac, Mieter:innenbewegung etc.) seien aufzubauen;
- der Klassenkonflikt sei als sozial-ökologischer Transformationskonflikt zu begreifen;
- es sei Abschied von Wirtschaftswachstum und Luxusgütern zu nehmen;
- generell müsse mehr Demokratie erkämpft werden.

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass der Machtressourcenansatz kein geschlossenes System darstellt, sondern in seiner Entwicklung Einwirkungen von außen unterliegt. Stichworte sind: Wachstum der internationalen Arbeiterklasse mit zunehmender innerer Konkurrenz; Aufbau von Produktions- und Entwicklungsnetzwerken in Transnationalen Konzernen (TNK); Finanzkapitalismus; veränderte Sozialisierungswege innerhalb der Arbeiterklasse. Diese Trends verändern und erschweren die Kampfbedingungen der Gewerkschaften. Letztlich kommt es nicht alleine auf einzelne Machtressourcen an, sondern auf das Kräfteverhältnis zum Kapital insgesamt.

Nach Ansicht von *Bettina Kohlrausch* (wiss. Direktorin am WSI der HBS) deckt das deutsche Modell der industriellen Beziehungen verschiedene Teilbereiche der Arbeitsbeziehungen ab: materielle Teilhabe, demokratische Teilhabe, sozialer Zusammenhalt und Anerkennung. Daraus ergebe sich seine besondere Stärke. Kohlrausch führte u.a. aus, dass die korporatistische Befriedigung sozialer Konflikte im Rahmen der Regulierung von Erwerbsarbeit helfe, die eigene sozialstrukturelle Position zu verorten. Ungleichheitserfahrungen seien hierdurch in einem größeren Rahmen deutbar (Interessenantagonismus von Kapital und Arbeit) und würden bspw. nicht als individuelles Versagen empfunden. Je stärker die Beschäftigten in das organisierte Modell der Arbeitsbeziehungen eingebunden seien, desto häufiger würden sie Anerkennung erfahren. Damit nehme die Tendenz zu antidemokratischen Einstellungen ab. Je stärker die Einbindung in allen vier Dimensionen sei, desto schwächer würden die Transformationsprozesse als Bedrohung empfunden.

Einen anderen Akzent setzte *Hans-Jürgen Urban* (geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall). Gewerkschaftliches Handeln muss, so Urban, immer auch vor dem Hintergrund institutioneller Rahmenbedingungen analysiert werden, wobei stets nach den Strategiekompetenzen der beteiligten Organisationen zu fragen ist. Wenn eine der Schwächen der deutschen Sozialpartnerschaft darin liege, langfristige Trends wie die Dekarbonisierung oder die Digitalisierung zu bewältigen, dann stehe die „Transformation des institutionellen Settings“ auf der Tagesordnung. Urban empfahl dabei, die Dialektik sozialer Kämpfe und institutionell gesicherter Kampferfolge in den Fokus zu rücken. Dabei sei klar: „Permanente Mobilisierung“ ist nicht die gewünschte Organisationsform bei den Beschäftigten. Urban benannte folgende Punkte für eine Stärkung der deutschen Gewerkschaften:

- Radikalisierung der Mitbestimmungsforderungen für Transformation;
- Bündnisse /gesellschaftliche Allianzen;
- Kanalisierung gewerkschaftlicher Ressourcen in die ökologische Transformation;
- Stärkung der kapitalismuskritischen Strömungen in den Gewerkschaften;
- Eingriffe des Staates in Wirtschaft und Eigentumsordnung;
- Wirtschaftsdemokratie;
- eine Umorientierung vom Wachstum zur Nachhaltigkeit.

Ein internationaler Vergleich gewerkschaftlicher Machtressourcen von Gewerkschaftsfunktionär:innen und Wissenschaftler:innen – *Torsten Müller* (European Trade Union Institute), *Marta Kahancová* (Central European Labour Studies Institute), *Stefan Schmalz* (Universität Erfurt), *Thorsten Schulten* (HBS/WSI), *Barbara Treiber* (Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier) – ergab einschließlich der Diskussion:

- Die deutschen Gewerkschaften stehen im oberen Mittelfeld; die Gewerkschaften in Österreich und Skandinavien sind stärker und einflussreicher, was v.a. politische Ursachen (u.a. Revolutionen nach dem Ersten Weltkrieg; Sozialstaat als Gegenmittel zum Kommunismus) hat.
- Die Bedeutung von europäischen und Weltbetriebsräten steigt, um innerhalb von TNK und Wertschöpfungsketten die Konkurrenzsituation zu entschärfen.
- Es gibt, so *Stefan Schmalz*, weltweit einen drastischen Anstieg der Zahl der Lohnabhängigen von 1,5 Mrd. (2006) auf aktuell 3 Mrd.; bei Industriearbeiter:innen von 200 Mio. (1950) auf heute 1,5 Mrd.; der gewerkschaftliche Organisationsgrad sinkt weltweit auf ca. 7% (ohne China), wodurch sich gewerkschaftliche Kampfbedingungen verschlechtern.
- Es gab wenige gewerkschaftliche Erfolge auf internationaler Ebene:
 - o 1989 brachte die europäische Rahmenrichtlinie Arbeitsschutz Verbesserungen für Deutschland;

- 1996 konnten Verschlechterungen bei der europäischen Entsenderichtlinie abgewehrt werden;
- 2006 war ein internationaler Hafentarbeiterstreik gegen „Port Package II“ erfolgreich.

Um Kräfteverhältnisse einzuschätzen, wurden abschließend die Machtressourcen des Kapitals aus verschiedenen Blickwinkeln in einem Panel bewertet. *Felix Syrovatka* (FU Berlin) analysierte den Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie als eine bestimmte Form der politischen Organisation und Quelle von Organisationsmacht des Kapitals. Bilanz: Die organisatorische und tarifpolitische Macht des Metallarbeitgeberverbandes nimmt unter Bedingungen der globalisierten Konkurrenz und dabei eher hinderlicher Tarifvertragsbindung ab (u.a. durch Austritte, erfolglose Mitgliederwerbung, geringe ehrenamtliche Bereitschaft, zunehmend externe Dienstleister in Betrieben, Konkurrenz zu Wirtschaftsverbänden). Der Verband verstärkt als Ausgleich seine Dienstleistungsfunktionen (arbeitsrechtliche Beratung, Öffentlichkeitsarbeit) und politische Einflussnahme (Lobbyismus). Die Macht der Einzelunternehmen nimmt zu (insbes. bei TNK), die Macht des Verbandes nimmt ab. Dazu kommen Interessenkonflikte zwischen KMU und TNK. *Thomas Haipeter* (IAQ Universität Duisburg) untersuchte das Kapitalinteresse an der Dekarbonisierung der Produktion am Beispiel des Verbandes der chemischen Industrie (VCI). Grundsätzlich bestehe in den industriellen Beziehungen eine duale Struktur: Arbeitgeberverbände seien für Konfliktfähigkeit zuständig, Unternehmensverbände v. a. für politische Einflussnahme. Der VCI sei (meist zusammen mit Standortbetriebsräten) lange Zeit Bremser bei der Dekarbonisierung gewesen (schwache Klimaziele, Verzögerung des Emissionshandels, für kostenlose Zuteilung von Zertifikaten, für Selbstverpflichtungen statt Regulierungen). Seitdem Umweltpolitik verstärkt auf EU-Ebene gemacht werde, sei der VCI jedoch zum „Treiber der Transformation“ geworden. Die klimapolitische Roadmap der Chemieindustrie setze dabei nicht mehr auf die Verhinderung der klimapolitischen Zielsetzungen, sondern verlange umfassende staatliche Förderung (u.a. die Garantie sicherer Verfügbarkeit von Strom und Wasserstoff, niedriger Stromkosten von 4 Cent/kWh). Des Weiteren sei man dazu übergegangen, auch NGOs zu integrieren. *Martin Behrens* (WSI/HBS) benannte in Thesenform einige Aspekte der Machtressourcen der Kapitaleseite. Er erinnerte daran, dass Arbeitgeberverbände als Abwehrorganisation des Kapitals fungieren: Veto-Positionen seien dabei schnell zu erreichen, während gemeinsame Ziele schwierig zu definieren seien. Auf der Ebene der Verbände könne nicht von einer einfachen Bündelung der Einzelinteressen ausgegangen werden. Bei Verbandsentscheidungen seien die Unternehmen formal gleichberechtigt; so müssten einflussreiche Großunternehmen ihre Interessen über Aushandlungsprozesse mit anderen abstimmen. Innerverbandlich gäbe es je nach Interessenlage der Einzelkapitale durchaus Bruchlinien.

Joachim Schubert / Philippe Haller

Linke Influencer bleiben im digitalen Raum

Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung „Influencing against the System? Linker Medienaktivismus im Plattformkapitalismus“, Berlin, 13. bis 15. Mai 2022

Das Internet ist ein gruseliger Ort. Überall tummeln sich gedankenlose Influencer, ständig fordert dich jemand zu „Challenges“ heraus und wer nicht aufpasst, landet womöglich in einem Rabbit hole, das man als Mitte-Rechts-Wähler betritt und als rechtsoffener Querdenker verlässt. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung will das nicht unbedingt ändern, sich aber wenigstens zu Nutze machen. Bei ihrer Tagung hat sie versucht, durch verschiedene Formate das Erfolgsrezept hinter denjenigen zu entdecken, die mit linken Inhalten online ein großes Publikum erreichen – in der Hoffnung, dieses Rezept wiederum möglichst vielen Linken mitgeben zu können.

Das Zentrum der Tagung bildeten zwei abendliche Podiumsdiskussionen. Die Auftaktveranstaltung war eine Diskussion zwischen dem YouTuber und Podcaster *Wolfgang M. Schmitt*, der Medienforscherin *Tanja Maier* sowie *Anne Roth*, Referentin der linken Bundestagsfraktion. Während sich etwas Spannung in der Frage zu Alternativen kapitalistischer sozialer Medien andeutete – Schmitt hält sie für illusorisch, Roth will an ihnen festhalten – wollte keiner der Beteiligten einen offenen Konflikt riskieren und so standen die verschiedenen Beiträge unvermittelt nebeneinander. Anders bei der zweiten Diskussion am Samstag. Dort trafen die Internet-Comedians *Sebastian Hotz* (bekannt als „El Hotzo“), *Özge Inan* (bekannt als „@oezgeschmoezge“) und *Paula Irmshler* auf den alteingesessenen Satiriker *Thomas Ebermann*. Überraschend entstand der Konflikt jedoch nicht entlang des Alters, sondern entlang des Verhältnisses zur Linkspartei – was wiederum bedeutete: alle gegen den Moderator. *Henning Obens*, Referent der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Organisator der Tagung, gab sein bestes, das Publikum zu beruhigen, das nach verschiedenen Angriffen auf die Linkspartei so viel Enthusiasmus zeigte, wie sonst kaum an diesem Wochenende. Gegen vier Autor:innen, die sich alle unabhängig von der Linkspartei profiliert haben, kam er jedoch nicht an.

Inhaltlich wurde bei der Diskussion vor allem eines deutlich: Es fehlt der Linken die Fähigkeit, ihre Forderungen und Kritik zuzuspitzen und zu vereinfachen – letztlich, sie zu popularisieren. Damit wurde eine einfache, aber nicht zu vernachlässigende Wahrheit deutlich: Dass der eigene Content im Internet nicht auf die gewünschte Resonanz stößt, liegt womöglich nicht an Algorithmen, durch die linke Ansichten zensiert werden. Vielleicht liegt es schlicht daran, dass diese dem Publikum geben, was es sehen möchte. Die Mischung aus Arroganz, Besessenserei und Nischenhumor, wie sie sich in der zersplitterten deutschen Linken oft findet, kommt an ihre Grenzen, wenn die reale soziale Umgebung fehlt, die sie sonst erträglich macht.

Abseits der großen Podien wurden einzelne Workshops, etwa von *Wolfgang M. Schmitt* (85.000 Abonnent:innen auf YouTube) oder *Simin Jawabreh* (22.000

Follower bei Instagram) angeboten, in denen gemeinsam mit den Teilnehmer:innen die Bedingungen des digitalen Erfolgs erarbeitet werden sollten. Dort wurde ein weiterer Faktor deutlich: der Erfolg lässt sich nicht ohne die Individuen erklären. Es ist ihr Mut und Durchhaltevermögen, letztlich sind es auch ihre Idiosynkrasien, ihre jeweiligen Besonderheiten, die das Fundament des digitalen Erfolgs bilden. Einsichten, die auf der Tagung nicht offen ausgesprochen wurden – schließlich steht das Individuelle stets unter dem Verdacht, neoliberalen Tendenzen Vorschub zu leisten.

Stattdessen also sollten die Erfolgsbedingungen einzelner Plattformen genauer untersucht werden. Dafür finanzierte die RLS in den letzten Jahren mehrere Studien, unter anderem zu den Plattformen YouTube, TikTok, Telegram und Instagram, sowie zu linken Podcasts. Diese Studien wurden jeweils in unterschiedlichen Formaten bei der Tagung vorgestellt und diskutiert. Erörtert wurden dabei sowohl die allgemeinen Bedingungen des digitalen Erfolgs (Originalität, hohe Frequenz, Teilbarkeit der Inhalte, ...), als auch die Bedingungen einzelner Plattformen (etwa bei Instagram das Bespielen der sogenannten Reels, das vom Algorithmus belohnt werde). Jedoch deutete sich immer wieder an, dass gerade die erfolgreichsten Influencer mit diesen Regeln brechen. Lässt sich also eine eigene Logik der Plattformen ausmachen, die Linke für ihre politische Ziele nutzen können? Bei der Tagung ist sie jedenfalls nicht sichtbar geworden.

In einzelnen Inputs ging es schließlich um das Influencing der politischen Rechten, die Darstellung des Krieges auf der Plattform TikTok, sowie um Konzerne, die Computerspiele produzieren. In kleineren Podiumsdiskussionen erörterten verschiedene Akteure der Online- wie Offline-Linken, wie Politik die sogenannte linke „Bubble“ verlassen könnte und welche Spielräume es in der Welt des individualistischen Influencings für kollektive Bewegungen gibt.

Die Tagung wurde trotz zahlreicher Anmeldungen nur mäßig besucht. So zeigt sich an der Tagung selbst eins der Probleme, das sie behandeln wollte: Wie bekommt man Menschen aus dem Internet eigentlich hinein in den echten, materiellen Raum, in dem sich Politik letztlich abspielt? Die geringe Zahl der Teilnehmenden zeigt, dass die RLS hier bislang keine Lösung gefunden hat. Ein Problem mag gewesen sein, dass es hauptsächlich um die Frage ging, wie man bestehende Inhalte (vor allem sozialer Bewegungen) mithilfe digitaler Medien in die Öffentlichkeit tragen kann. Hingegen wurde nicht diskutiert, wie man die Plattformen *als* Plattformen sinnvoll für die eigene Formierung und inhaltliche Auseinandersetzung nutzen könnte. So zeigte sich ein falsches Selbstbewusstsein: das Scheitern der Linken liege nur an der Vermittlung der Inhalte, nicht jedoch an den Inhalten selbst. Die Feststellung dieser wirkmächtigen Illusion hätte an den Anfang der Tagung gehört. Stattdessen ließ man etwa die Politikerin *Julia Schramm*, damals noch Mitglied im Parteivorstand der Linkspartei, erzählen, wie sie im letzten Wahlkampf lernte, wie dumm der einfache Wähler sei. Ihre Lektion: „Du musst immer in deinem Kopf so reden, als würdest du mit 8-Jährigen reden. Dann macht alles Sinn.“

Frieden durch Aufrüstung?

16. ver.di-DruckerTage, Bielefeld (Buntes Haus), 10. bis 12. Juni 2022

„Was haben der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Umgang mit abhängig Beschäftigten und ihren Leistungen sowie die aktuelle Neudefinition von ‘Systemrelevanz’ mit Fragen von Klasse und Klassengesellschaft zu tun?“, fragen Nicole Mayer-Ahuja und Oliver Nachtwey in ihrem Buch „Verkannte Leistungsträger:innen“ (Suhrkamp 2021) anhand von Berichten aus dem Niedriglohnsektor. Genau das ließ sich Mitte Juni bei den 16. ver.di-DruckerTagen im „Bunten Haus“ in Bielefeld diskutieren. In einem prägnanten Vortrag fühlte Mayer-Ahuja den strukturellen Veränderungen in jenen Bereichen auf den Puls, wo die Arbeit etwa in Folge von Outsourcing allzu oft „unsichtbar“ sei. Entlang von sechs griffigen Thesen war von der „Umwertung des Leistungsbegriffs“, der „Enteignung von Sozialkapital“, der „Verfestigung prekärer Arbeit“, von „Privatisierung und Auslagerung“, der „Reproduktion von Arbeitskraft“ und nicht zuletzt von „Potentialen für eine solidarische Politik der Arbeit“ die Rede. In einer lebhaften Debatte wurde etwa unter Verweis auf den Krankenhausstreik an der Berliner Charité auf Möglichkeiten verwiesen, wie Forderungen nach mehr Lohn und besseren Arbeitsbedingungen über Berufsgruppen hinweg solidarisch durchgesetzt werden können. Und noch etwas bietet Chancen für ein selbstbewussteres Auftreten: Es nimmt, so Mayer-Ahuja, verstärkt die Erkenntnis zu, dass sich das Wort von der Alternativlosigkeit („There is no alternative“) mehr und mehr an sich selbst blamiert – trotz vermeintlich leerer Kassen seien die Milliardenpakete für die Konzernseite plötzlich da.

Von dem 100Milliardenschweren Sondervermögen war bereits am Vormittag die Rede, als Ingar Soltý, Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, nach „Frieden und Sicherheit durch Hochrüstung?“ fragte. Wie rhetorisch die Frage war, zeigte sich schnell: Ausgehend vom Wort der „kaputtgesparten Bundeswehr“ klopfte Soltý viel Staub ab und legte den Blick frei auf die Aktienkurse der Rüstungsindustrie, auf eine Tendenz zu mehr Auslandseinsätzen oder auf die sozialen Lasten einer Aufrüstung, die sich als unabhängig vom Ukrainekrieg erweist (s. Koalitionsvertrag). Aber mehr noch: Er ordnete geopolitische Hintergründe und eine „tabuisierten Vorgeschichte“ des aktuellen Krieges ein. NATO-Osterweiterung, Battlegroups, Sanktionspolitik, energiepolitische Machtverschiebungen zugunsten der USA, eine „grüne“ Eskalationspolitik, transatlantische Netzwerke, mediale Geschütze, moralischer Druck gegen mäßigende Stimmen: das waren nur einige der Stichworte. Harter Tobak? Nun, deutliche Worte ist man auf den DruckerTagen gewohnt – in den letzten Jahren mit Referenten wie Frank Deppe, Christoph Butterwegge oder Werner Rügemer –, und so blieb die Diskussion kontrovers, aber stets solidarisch.

Mit der Aussicht auf „interessante Vorträge“ und „anregende Diskussionen“ hatte Jan Schulze-Husmann von der ver.di-Bundesverwaltung bei der Eröffnung

der DruckerTage am Freitagabend jedenfalls nicht zu viel versprochen. Einmal mehr bewegten sich die beiden inhaltlichen Blöcke am Puls der Zeit. Beeindruckt zeigte sich ein Kollege, wie der „große Bogen zwischen zwei Themen geschlagen“ wurde, die die „Verwerfungen neoliberaler Politik aufdeckten“. Und so wurde am Samstag nach frühabendlichem Grillen und anschließendem Kabarett in einer lauen Nacht weiterdiskutiert: Wie all das „in organisierte Gegenwehr umsetzen?“, fragte ein anderer Kollege. Und es wurden ins Feld geführt: die kleinen und die großen Kämpfe und die Mühen der Ebene.

Glenn Jäger

Transnationale gewerkschaftliche Solidarität

Frankfurt am Main, 21. Juni 2022

Unter dem Titel „Milliardengewinne und Menschenrechtsverletzungen bei Coca Cola“ fand im Juni 2022 eine internationale Gewerkschaftsveranstaltung in Frankfurt am Main statt. Beschäftigte und gewerkschaftlich Aktive von verschiedenen Coca Cola-Standorten weltweit kamen ins Gespräch mit Coca Cola-Betriebsrät*innen und Gewerkschafter*innen der Gewerkschaft NGG und des internationalen Gewerkschaftszusammenschlusses IUF (International Union of Food, Agriculture, Hotel, Restaurant, Catering, Tobacco and Allied Workers Associations) und seinem europäischen Pendant EFFAT (European federation of Food, Agriculture, and Tourism Trade Unions). Zur Einleitung der Tagung sprach Prof. Dr. Klaus Dörre (Universität Jena) über „Menschenrechtsverletzungen und transnationale Unternehmen – der Fall Coca-Cola“.¹

In der Debatte mit Beiträgen aus Indonesien, Philippinen, Bangladesch, Rumänien, Frankreich und Deutschland wurden zwei Dinge besonders deutlich: Zum einen, dass selbst innerhalb eines Weltkonzerns wie Coca Cola die Arbeitsbedingungen, die Entlohnung aber auch der Umgang mit Gewerkschaften und Gewerkschafter*innen in verschiedenen Ländern und Weltregionen höchst unterschiedlich sind – abhängig von den je verschiedenen rechtlichen, politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Zum anderen wurde sichtbar, dass wir uns für eine nachhaltige Veränderung und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen weltweit nicht ausschließlich auf Recht und Politik verlassen dürfen, auch wenn diese Felder eine wichtige strategische Rolle spielen. In einem kapitalistischen Weltwirtschaftssystem, indem das Kapital relativ flexibel ist, die sich organisierenden arbeitenden Menschen und die Gewerkschaften zuvorderst in wirkmächtige nationalstaatliche politisch-rechtliche und soziale Rahmen eingebettet sind, braucht es überdies sowohl den institutionalisierten gewerkschaftlichen Austausch auf internationaler Ebene als auch die translokale und transregionale Vernetzung von Arbeiter*innen und Gewerkschafter*innen.

¹ Abgedruckt in diesem Heft, S. 107ff (Anm. d. Red.)

Juridische und politische Strategien sind wichtig. Dennoch haben gerade die Beiträge der Kolleg*innen aus Bangladesch, Indonesien und den Philippinen deutlich gemacht, mit welch eklatanten (Arbeits-) Menschenrechtsverletzungen sich die Beschäftigten der örtlichen Coca Cola-Abfüller konfrontiert sehen. Von der Missachtung basalen geltenden Arbeits(völker-)rechts über Kündigungen offenen gewerkschaftlich Aktiver, die Beauftragung von Schlägertrupps zur Einschüchterung von Gewerkschafter*innen, körperliche und psychische Gewalt bis hin zur gezielten Diskriminierung von Frauen – das Arsenal an Menschenrechtsverstößen zum Zwecke der Profitmaximierung ist innerhalb des Konzerns groß. Die Einschätzung einiger Beitragenden sowohl von lokaler Ebene als auch der Vertreter*innen der Gewerkschaftsbünde war, dass allein etwa Beschwerdeverfahren über die ILO oder die regulären Gerichtsbarkeiten häufig nicht erfolgsversprechend und zudem zu langwierig seien. Geworben wurde hier auch für das beständige Herstellen von kritischen Öffentlichkeiten zu Arbeitsrealitäten bei Coca Cola auch und gerade in den Zentren des globalen Nordens.

Es gibt viel zu tun, sowohl für lokale und regionale Gewerkschaften als auch die internationalen Zusammenschlüsse – wobei für die transnationale Zusammenarbeit wichtig ist, dass Gewerkschaften, die mehr Ressourcen, aber auch bessere rechtliche Positionen haben, diese auch für diejenigen einsetzen, die tagtäglichen Drangsalierungen und Union Busting ausgesetzt sind. Zudem braucht es neben politischen und juridischen Strategien zur Bekämpfung von (Arbeits-) Menschenrechtsverletzungen einen kontinuierlichen inter- und transnationalen Austausch auf verschiedenen gewerkschaftlichen Ebenen. Denn hier kann durch unmittelbare Solidaritätserfahrungen gemeinsam Handlungsmacht entwickelt werden. Darüber hinaus wird in diesen Kontexten mit unmittelbarem Bezug zur Arbeitswelt erst das Wissen geschaffen, das für erfolgsversprechende Auseinandersetzungen im Bereich des Rechts und der Politik notwendig ist.

Alexander Wagner

„Wenn der Dienst verboten wird – Berufsverbote gestern, heute und morgen“

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung von DGB, GEW und ver.di anlässlich des 50. Jahrestages des Radikalenerlasses in Baden-Württemberg, Stuttgart, 6. Juli 2022

Kernnormen des Arbeitsrechts zu verteidigen ist ein gewerkschaftliches Grundanliegen. In der Auseinandersetzung mit den 1971/72 einsetzenden Berufsverboten dauerte es seine Zeit, bis dieses Prinzip das Narrativ von den „abzuwehrenden Verfassungsfeinden“ überlagerte und das gewerkschaftliche Handeln auf allen Ebenen bestimmte. Eine wichtige Rolle spielte dabei das 1987 abgeschlossene Untersuchungsverfahren der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).¹

¹ Klaus Dammann, Erwin Siemantel (Hrsg.): Berufsverbote und Menschenrechte in der Bundesre-

Obwohl der DGB es nicht angestoßen hatte, kommentierte es der damalige stellvertretende DGB-Vorsitzende Gerd Muhr unmissverständlich: „Die Bundesrepublik hat das Verfahren akzeptiert und wir erwarten nun, dass sie die Empfehlungen des Ausschusses durchführt.“² Auf das untersuchte Geschehen angewandt, besagten diese „Empfehlungen“:³

Allen damals Betroffenen ist Unrecht geschehen, weil nicht ihr tatsächliches dienstliches und außerdienstliches Verhalten Grund des Ausschlusses vom Schuldienst usw. war, sondern *Prognosen* aufgrund irgendeiner festgestellten oder behaupteten politischen Meinung oder Zugehörigkeit. Es gab also keine „berechtigten“ Fälle. Tatsächliches Fehlverhalten konnte immer geahndet werden und wurde auch geahndet – aber das hat mit dem „Radikalenerlass“ nichts zu tun.

Warum muss man das heute betonen? Erstens gibt es sehr konkrete Pläne – in Brandenburg am weitesten fortgeschritten –, einen sogenannten „Verfassungstreue-Check“ inklusive „Regelanfrage“ beim Inlandsgeheimdienst sogar mit Gesetzeskraft wieder in Stellung zu bringen.⁴ Zweitens zeigt sich die baden-württembergische Landesregierung unter Führung von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (als KBW-Anhänger 1977 selbst zeitweise vom staatlichen Schuldienst ausgeschlossen) im Gegensatz zu anderen Bundesländern sehr hartleibig bei der Rehabilitierung der damaligen Betroffenen. Am 25.05.2022 erschien der 684-seitige Abschlussband eines vom Landes-Wissenschaftsministerium 2018 initiierten und finanzierten Forschungsprojekts.⁵ Nicht nur „Einzelfälle“, sondern auch das gesamte zeitgeschichtliche und (etwas weniger belichtet) juristische Umfeld – einschließlich ILO – wurden untersucht. Nun ist die Landespolitik tatsächlich gefordert.

Vor diesem Hintergrund entfaltete die Stuttgarter DGB-Veranstaltung – wegen Corona mehrfach verschoben – eine aktuelle Eigendynamik. Kurz nach der Ausstrahlung des ARD-Films „*Jagd auf Verfassungsfeinde – Der Radikalenerlass und seine Opfer*“ (im Rahmen dessen auch Kretschmann interviewt wurde) und weiterem Medienecho zum 50. Jahrestag des 28. Januar 1972 forderte der DGB Baden-Württemberg auf seiner Bezirkskonferenz, dass „die Betroffenen einer verfehlten und unrechtmäßigen Zugangssteuerung zum öffentlichen Dienst

publik. Köln: Pahl-Rugenstein (Kleine Bibliothek 455), 1987, (*Text des Untersuchungsberichts und gewerkschaftliche Stellungnahmen*).

2 Protokoll der 75. Sitzung der ILO 1988 (*englisch*), http://berufsverbote.de/tl_files/ILO/Muhr_DGB_1988_ILO_75th_session.pdf.

3 Siehe Klaus Samson: The „Berufsverbot“ problem revisited – Views from Geneva and Strasbourg. In: *Les normes internationales du travail: un patrimoine pour l'avenir. Mélanges en l'honneur de Nicolas Valticos*. Genève: Bureau international du Travail, 2004, pp.21-46. http://berufsverbote.de/tl_files/ILO/Samson2004_Berufsverbot.pdf, *deutsche Übersetzung*: http://berufsverbote.de/tl_files/ILO/Samson2004_Berufsverbot_DE.pdf (z.B. S.12).

4 Eine gewerkschaftliche Positionierung dazu in der Zeitschrift *Der Personalrat*, 06-2022, S. 36 ff.; http://www.berufsverbote.de/tl_files/docs/Personalrat06-22_Verfassungstreuecheck.pdf.

5 Edgar Wolfrum (Hrsg.): *Verfassungsfeinde im Land? Der ‚Radikalenerlass‘ von 1972 in der Geschichte Baden- Württembergs und der Bundesrepublik*. Göttingen: Wallstein, 2022.

(Radikalenerlass und Berufsverbote) rehabilitiert und entschädigt werden. Unrecht der Vergangenheit kann nicht ungeschehen gemacht werden, ein Anerkenntnis ist daher das Mindeste, was Betroffene erwarten dürfen. Eine angemessene Entschädigung ist angebracht.“

Und weiter: „Der DGB setzt sich ... für eine demokratische Grundhaltung der Beamtinnen und Beamten ein. Rechtsextremistisches und faschistisches Gedankengut sind nicht mit den Grundwerten des Grundgesetzes und des Berufsbeamtentums vereinbar. Um jegliche Unterwanderung des öffentlichen Dienstes und des Berufsbeamtentums aus diesen Kreisen zu verhindern, braucht es transparente Verfahren.“ Es sei zumutbar, heißt es in der Begründung, dass „Beamt*innen auch im Privaten zu den Werten des Grundgesetzes stehen und diese verteidigen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass Beamt*innen, die politische Entscheidungen im Privaten hinterfragen und kritisieren, mit dienstlichen Konsequenzen rechnen müssen. Demokratie lebt davon, dass Jeder und jede seine Meinung äußern und sich in politische Debatten einmischen kann und soll. Das Wahrnehmen demokratischer Grundrechte kann weder ein Entlassungsgrund noch ein Grund zur Beobachtung durch den Verfassungsschutz sein. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass der pauschale Ausschluss Angehöriger bestimmter politischer Gruppen aus dem Staatsdienst der vollkommen falsche Weg ist.“⁶

Das Referat von *Dominik Feldmann* „*Von der Regelanfrage bis zum Fragebogen – Gesinnungsprüfung zur Stärkung der Demokratie?!*“ ging detailliert auf den Gehalt solcher Begriffe wie „Verfassungsfeindlichkeit“ und „Extremismus“ ein. Mit ihnen wird auch heute versucht, im Sinne der sog. Hufeisen-Theorie Bedrohungen „von links und rechts“ einer angeblich solide in der Mitte des politischen Spektrums verorteten Demokratie zu konstruieren. „Nach der Logik der wehrhaften Demokratie sollen Einstellungen im souveränen Volk präventiv unterbunden werden, sofern diese mutmaßlich in der Zukunft eine Bedrohung sein könnten. Volkssouveränität – wohl zweifellos ein Kernelement jedweder Demokratiekonzeption, sofern sie tatsächlich eine ist – wird damit eingeschränkt und Demokratie selbst auch. Staatliche Apparate, die aktuellen politischen Mehrheiten unterstellt sind, befinden, welche Akteure als extremistisch oder verfassungsfeindlich deklariert werden sollen.“ Demgegenüber plädierte Feldmann für „Wehrhaftigkeit nach oben“ – gegen zerstörerische „Übergriffe staatlicher Apparate auf das souveräne Volk“. Ähnlich die anwesende GEW-Landesvorsitzende *Monika Stein*: „Es zeichnet funktionierende Demokratien aus, wenn sie nicht nur darauf verzichten, sondern auch in der Lage sind, Fehler der Vergangenheit einzugestehen.“⁷

Im Mittelpunkt der lebhaften Diskussion, auch mit einigen damals Betroffenen, stand die Frage, wie das nun konkret in Baden-Württemberg passieren kann und wird. Ein fast ganzseitiger Artikel in der Stuttgarter Zeitung (14.07.2022) war dem

⁶ http://berufsverbote.de/tl_files/BW2022/DGB-BW_BK29-01-22_Berufsbeamtentum.pdf.

⁷ Zitiert nach einem Bericht von Erhard Korn: http://berufsverbote.de/tl_files/BW2022/Korn_DGB-Tagung06-07-22.pdf.

„langen Warten auf Wiedergutmachung“ gewidmet.⁸ Empört über das, was er über die Vergangenheit erfuhr, war der GRÜNEN-Landtagsabgeordnete Peter Seimer (Jahrgang 1993) aus Böblingen, ausgebildeter Steuerfahnder. Dazu die Website seines Kreisverbands: „Mit seinem dabei zum Ausdruck gebrachten Gerechtigkeitsgefühl begibt er sich ... fast in eine Priorisierungs-Opposition zu unserem (ebenfalls grünen und damals politisch weit links stehenden) Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann, für den dieses Thema momentan nicht auf der Tagesordnung steht.“⁹ Mit einer EntschlieÙung wandten sich die Anwesenden an die Landesregierung und den Landtag Brandenburgs, die dortigen Pläne zurückzuziehen.¹⁰

Lothar Letsche

Perspektiven des Sozialismus

Tagung der Universität Jena, Bereich Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie, und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Jena, 15. Juli 2022

Endlich konnte der zurückliegende 80. Geburtstag von Frank Deppe (s. dazu Z 127, September 2021, S. 131-139) mit einer Tagung zum Thema „Sozialismus – Geburt und Aufschwung, Widersprüche und Perspektiven“ gewürdigt werden. Eine für den September 2021 geplante Tagung hatte coronabedingt verschoben werden müssen. Veranstalter waren der Bereich Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie der Uni Jena und die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Deppes jüngstes Buch „Sozialismus“¹ bildete die Folie, auf die die gesamte Tagung immer wieder Bezug nahm. Es zeigte sich, dass dieses Buch einen großen Schatz an Anregungen und Impulsen für eine zeitgemäÙe Sozialismus-Debatte liefert.

Wieso eigentlich jetzt Debatten über Sozialismus? Geht es nicht aktuell und vorrangig darum, die allerschlimmsten Katastrophen-Entwicklungen des Kapitalismus abzuwehren? Zweifellos, und Frank Deppe schreibt in seinem Sozialismus-Buch selbst: „Im 21. Jahrhundert ... nimmt nicht nur die Kriegsgefahr zu. Die Krisenpotenziale des globalen Finanzmarkt-Kapitalismus und die zunehmenden ökologischen Risikopotenziale deuten ganz neue Katastrophenperspektiven an.“ Die anderen Seiten dieser Krisenszenarien sind aber die zunehmende Delegitimierung der kapitalistischen Gesellschaften und der Aufschwung heterogener Protestbewegungen an vielen Orten der Welt. Das wirft Fragen nach den Alternativen zum Kapitalismus auf. Deshalb, so die Schlussfolgerung Dep-

⁸ http://berufsverbote.de/tl_files/BW2022/StZ14-07-22_Wiedergutmachung.pdf.

⁹ <https://www.gruene-boeblingen.de/home/singleview/news/stuttgarter-zeitung-greift-peter-seimers-initiative-zum-radikalenerlass-prominent-auf>.

¹⁰ http://berufsverbote.de/tl_files/docs/DGB-BW06-07-22_Brandenburg.pdf.

¹ Frank Deppe, Sozialismus. Geburt und Aufschwung – Widersprüche und Niedergang – Perspektiven, Hamburg 2021 (VSA: Verlag), 363 S.

pes: „Drei Jahrzehnte nach dem Triumph des Kapitalismus und Liberalismus wird im öffentlichen Diskurs wieder intensiv über Sozialismus diskutiert – als ‚Rote Gefahr‘ auf der einen, als politisches Projekt zur Überwindung der Krisen und der sozialen Ungleichheit im globalen Finanzmarkt-Kapitalismus auf der anderen Seite.“ Diese schon länger und in vielen Ländern geführte Diskussion aufzunehmen war auch der Sinn dieser Tagung.

Frank Deppe ist mit seinem gesamten wissenschaftlichen und politischen Lebenswerk ein öffentlicher Intellektueller, ein herausragender marxistischer Wissenschaftler, sagte Gastgeber *Klaus Dörre* in seinem Einleitungsstatement. Er hat in den theoretischen und politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart immer wieder kritisch und hörbar Stellung bezogen. Das gilt auch für sein jüngstes Buch. Wenn wir das Engagement vieler linker Intellektueller für einen neuen Sozialismus aufgreifen, so Dörre, müssen wir mehrere Fragenkomplexe ernst nehmen: Wie ist vor diesem Hintergrund die drohende Pulverisierung der Linken – in Deutschland, aber auch anderswo – zu erklären? Wer können heute – anders als im 20. Jahrhundert – die relevanten Akteure, die emanzipatorischen Kräfte zum Sozialismus tendierender Kämpfe sein? Welche Widersprüche werden – neben dem zwischen Kapital und Arbeit – bestimmend sein für gesellschaftliche Alternativen jenseits des Kapitalismus? Welche Lösungen muss ein Sozialismus des 21. Jahrhunderts für die Gegenwartsprobleme bereithalten?

Diskussionsstoff also reichlich. Zuvor allerdings wurde in dieser multimedial organisierten Tagung – woran Kim Lucht maßgeblichen Anteil hatte – ein Grußwort des thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow (Die Linke) per Video eingespielt. Auch er habe, so berichtete er, in seiner Marburger Zeit viel von Frank Deppe gelernt. Sein dabei erworbener kritischer Blick auf die kapitalistischen Verhältnisse und die heftigen Krisen, die sie gerade heute hervorbrächten, helfe ihm heute in der Auseinandersetzung mit zunehmender sozialer Ungleichheit, krisenbedingten Extraprofiten einiger weniger und der vorherrschenden Militarisierungseuphorie. Es gehe gerade darum, die alten Elemente des kalten Krieges nicht zu reanimieren, sondern ihnen ein Engagement für Abrüstung, Frieden und Partnerschaft in Europa entgegenzustellen.

Frank Deppe leitete seinen Vortrag mit dem Hinweis ein, sein Buch solle nicht als eine Geschichte des Sozialismus missverstanden werden. Es sei vielmehr der Versuch, durch historische Reflexion der Widersprüche sozialistischer Entwicklungen und Erfahrungen Impulse für neue zeitgemäße sozialistische Perspektiven zu gewinnen. Dazu gebe es schon seit Längerem eine breite internationale Debatte, die er in seinem Buch auch aufgenommen habe. Es gehe nicht um eine unmittelbare Umsetzung sozialistischer Vorstellungen. Die Wiederbelebung sozialistischer Diskurse 30 Jahre nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Länder sei aber Ausdruck einer ernsthaften Delegitimierung von Kapitalismus und Neoliberalismus und entspringe dem gegenwärtigen Katastrophenkapitalismus. Das Scheitern der Sozialismusversuche des 20. Jahrhunderts, aber vor allem auch die Zuspitzung der Krisen- und Katastrophentendenzen des globalen Gegenwartskapitalismus müssten in Theorie und Praxis Bezugspunkt für

eine erneuerte Sozialismuskonzeption des 21. Jahrhunderts sein. Er illustrierte das an einem biografischen Beispiel: 1988, bei der letzten Konferenz linker Intellektueller aus der ganzen Welt in Cavtat/Jugoslawien, unmittelbar vor dem sich abzeichnenden Zusammenbruch des Sozialismus, hätten Paul M. Sweezy und Harry MacDoff einen Vortrag gehalten mit dem damals geradezu provozierenden Titel „Why the US need socialism“. Noch sehr viel mehr als damals sei heute die Frage naheliegend: Warum braucht die Welt Sozialismus?

Gegenwärtig sei nüchtern zu konstatieren, dass die lebhaften intellektuellen Debatten über Sozialismus, die intellektuelle Kritik an den herrschenden kapitalistischen Verhältnissen weit auseinanderfielen mit den realen Kämpfen der Subalternen, mit den politischen und sozialen Bewegungen. Zwischen beiden bestehe eine „tiefe Kluft“. Es sei eine gewaltige Aufgabe, das sozialistische Projekt von der Ebene der intellektuellen Kritik auf der Ebene der Politik wirksam werden zu lassen. Massenproteste und Bewegungen gegen die vom Kapitalismus ausgelösten Krisen und Katastrophen gebe es zuhauf, in vielen Ländern der Welt. In kürzester Zeit entstünden neue Bewegungen, sie seien aber oft kurzlebig, sehr heterogen und oftmals von rein moralischen Protesten geprägt. Geschulte Führungspersönlichkeiten mit strategischem Weitblick seien zumeist nicht erkennbar. Auch in den entwickelten kapitalistischen Ländern gebe es Streik- und Protestbewegungen in großer Zahl. Wegen der drastischen Steigerung der Lebenshaltungskosten und der exzessiven sozialen Ungleichheit nehme der Zorn der Subalternen zu, zeichneten sich Riots ab. Eine Krise der Demokratie sei vielerorts deutlich sichtbar. Die herrschenden kapitalistischen Verhältnisse seien aber überall noch stabil, die neoliberale Hegemonie habe Kratzer bekommen, sei aber nach wie vor intakt und anpassungsfähig.

Deppe ging dann auf die Frage ein, was denn einen erneuerten Sozialismusbegriff des 21. Jahrhunderts prägen müsse. Aus Zeitgründen beschränkte er sich auf wenige Anmerkungen und verwies auf Lücken, denen weiter nachzugehen sei. Klar sei, dass erneuerte Konzepte anti-rassistische, feministische und ökologische Elemente integrieren müssten. Allerdings dürfe die zentrale Bedeutung sozialer und ökonomischer Transformationsprozesse dabei nicht unterschätzt werden. Sozialismus müsse als Antwort auf die spezifischen Widerspruchskomplexe der Gegenwart begriffen werden. Der Klassenantagonismus zwischen Bourgeoisie und Proletariat müsse überwunden werden, aber darauf allein könne Sozialismus nicht reduziert werden. Zudem berühre ein erweiterter Sozialismusbegriff auch das traditionelle Fortschrittsverständnis der Arbeiterbewegung. Die Überwindung von Armut und Ungleichheit könne nicht identisch sein mit unbegrenzter Reichtumsvermehrung und unbegrenztem Wachstum. Schließlich seien Fragen nach der Bedeutung des Staates, nach Macht und Gegenmacht und nach der Bedeutung einer Partei von zentraler Bedeutung. Heute komme es auch darauf an, aus den globalen Hegemonieverschiebungen, aus der Renaissance des Krieges und des militärischen Sicherheitsdenkens sozialistische Antworten zu gewinnen.

Als Aufgabe der Linken in diesen Prozessen sieht es Deppe an, aktiv zu einer Konstituierung eines Blocks der progressiven Kräfte beizutragen. Dabei müsse es

gelingen, eine Verbindung zwischen den „alten“ Klassenfragen, die an die Lohnarbeit im kapitalistischen Verwertungsprozess gebunden seien, mit dem neuen Typus der Kapitalismuskritik herzustellen, der z.B. eine radikale Wende in der Klimapolitik fordere. Diese Aufgaben dürften nicht gegeneinandergestellt werden, und sie seien zwar derzeit ein oft noch ungelöstes, aber keineswegs unlösbares Problem. Dabei komme aber immer den Kräften der Arbeit im Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit eine entscheidende Rolle zu. Hier müsse sicher auch über die Rolle der politischen Parteien gestritten werden, die dabei gebraucht würden. Denn bei der Renaissance sozialistischer Debatten seien das Fehlen oder die Schwäche der politischen Organisationen ein großes Problem, die in den Bewegungen strategische Ziele einer weitergehenden Transformation diskutieren und über die unmittelbaren Kämpfe um das Tagespolitische hinausgehen könnten.

Es folgten drei Statements, die Aspekte aus dem Vortrag Frank Deppes und aus seinem Sozialismus-Buch aufnahmen. Alle drei Diskutierenden – *Michael Brie* (Rosa-Luxemburg-Stiftung), *Ines Schwerdtner* (Chefredakteurin Jacobin-Magazin) und *Janine Wissler* (Co-Vorsitzende Die Linke) waren sich darin einig, dass die herrschenden krisenhaften Verhältnisse und Widersprüche geradezu nach sozialistischen Lösungen „schreien“.

Brie unterstrich, es komme dabei darauf an, die Tradition des Libertären und die des Kommunitären, des Gemeinschaftlichen, miteinander zu verbinden – eine alte Diskussion in der sozialistischen Linken, die heute wieder aktuell sei. Auch Deppe hat in seinem Buch darauf hingewiesen, schon in der Französischen Revolution sei der Widerspruch zwischen Freiheit und Gleichheit immer wieder ausgetragen worden. In der DDR stand die Gleichheit im Vordergrund, so *Brie*, in der alten BRD die Freiheit. Die gesellschaftliche Solidarität sei es, die als Bindeglied zwischen beidem fungieren müsse. Das zeige sich in den aktuellen Konflikten im Gesundheitswesen oder im Bereich des ÖPNV.

Ines Schwerdtner verwies auf die Mieter- und Enteignungsbewegung in Berlin, die eben nicht nur eine soziale Bewegung für bezahlbare Mieten allein gewesen sei. Ihr eigentlicher Erfolg habe darin bestanden, eine radikale „Elitenkritik“ und die radikale Forderung nach Vergesellschaftung des Wohneigentums mehrheitsfähig zu machen. Mit der – von vielen nicht für möglich gehaltenen – Popularisierung der Vergesellschaftungsforderung habe sie gezeigt, dass es nicht genüge, „etwas linker“ zu sein als die SPD, sondern dass und wie soziale Forderungen erfolgreich mit sozialistischen Vorstellungen verknüpft werden könnten. Das zeige auch: Zeitgemäße Sozialismuskonzepte kämen nicht aus ohne Bezug auf die organisierende Kraft der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung. Sie müssten aber auch die Impulse der neuen sozialen Bewegungen wie Occupy und der feministischen und ökologischen Bewegung aufnehmen.

Allerdings müsse nüchtern konstatiert werden, dass die heutige Linke – auch die Partei Die Linke – nicht in der Lage sei, solche Impulse in politischen Einfluss umzusetzen und die realen Konflikte auch politisch zu nutzen und weiterzutreiben. Die politische Konstellation in Berlin belegt das.

Janine Wissler hatte die schwierige Aufgabe, diese – von ihr durchaus geteilte –

nüchterne Einschätzung aufzunehmen und positiv zu wenden. Sie griff den Slogan von der Linken als sozialistische Fortschrittspartei auf und unterstrich, die Linke müsse natürlich den sozialen Zumutungen der herrschenden Politik und der Ampelkoalition Widerstand entgegensetzen. Aber ihre Aufgabe erschöpfe sich nicht darin, das soziale Korrektiv einer unsozialen Politik zu sein, sondern aus den realen Widersprüchen auch die Notwendigkeit über den Kapitalismus hinausgehender, sozialistischer Alternativen überzeugend zu entwickeln – eine völlig zutreffende Position, die in der Partei Die Linke allerdings von etlichen nicht geteilt wird. Die Enteignungskampagne in Berlin habe gerade gezeigt, dass solche systemüberschreitenden Alternativen politisch wirksam werden könnten. Die Linke dürfe nicht die eigene Anhängerschaft, sondern müsse die gesellschaftlichen Verhältnisse polarisieren und ins Progressive wenden.

Frank Deppe griff abschließend die Diskussion auf und unterstrich die Bedeutung eines über den Kapitalismus hinausweisenden Projekts für die gesellschaftliche Linke. Sie müsse aber auch fähig sein zur positiven Ansprache, sie müsse es an die arbeitende Klasse herantragen können. Dabei unterstrich Deppe mehrfach, dass eine Erneuerung sozialistischen und marxistischen Denkens und politischen Handelns nur in der konkreten Analyse und Verarbeitung der Umbrüche des heutigen Kapitalismus möglich sei. Auf den Feldern, auf denen heute die realen Konflikte ausgetragen würden, habe sich eine Neubegründung des Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu bewähren.

Jürgen Reusch